

# افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد      بدین بوم و بر زنده یک تن مباد  
همه سر به سر تن به کشتن دهیم      از آن به که کشور به دشمن دهیم

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 19.05.2018

Von Marc Bebenroth

21.05.2018

## Nachschub für die Ostfront

*Rund 100 US-Militärkonvois rollen bis Ende Juni durch die BRD Richtung Polen und Baltikum. Grund sind zwei NATO-Operationen an Russlands Grenzen*



*Stets zu Diensten: US-Colonel William S. Galbraith (l) erfreut sich der Unterstützung von Oberst Olaf Detlefsen (r.) vom Landeskommmando Brandenburg (Potsdam, 15. Mai)*

Foto: Ralf Hirschberger/dpa

Zahlreiche Militärkonvois der US-Streitkräfte machen sich am Sonntag quer durch die Bundesrepublik auf den Weg in Richtung Ostfront. Über Schienen und Autobahnen soll eine großangelegte Reihe von Truppentransporten über das Land rollen, bei der am Ende

mehrere Tausend Soldaten und Fahrzeuge die Strecke von Deutschland nach Polen und ins Baltikum zurückgelegt haben werden. Grund für diese bewaffnete Massenwanderung ist zum einen das bevorstehende Großmanöver »Saber Strike 18« (Säbelschlag) und zum anderen die Operation »Atlantic Resolve« (Atlantische Entschlossenheit).

Schätzungsweise 18.000 Militärangehörige aus 19 verschiedenen Nationen werden in Estland, Lettland, Litauen und Polen beim großen Jahresmanöver ihre »Säbel schlagen« lassen, wie die United States Army Europe (USAEUR), der Arm der US-Streitmacht mit Sitz in Wiesbaden, am Donnerstag mitteilte. Offiziell dient die Übung der verbesserten Kooperation der osteuropäischen NATO-Armeen. Die Militärallianz will damit zeigen, wie gut sie auf »Aggressionen gegen ihre Mitglieder«, also einen zur Not auch provozierten Akt der Russischen Föderation, reagieren kann.

Neben den Kontingenten für diese wiederkehrende Provokation gegenüber Russland sorgt auch die dauerhafte Stationierung von NATO-Soldaten vor dessen Außengrenzen dafür, dass bis Ende Juni Truppentransporte des US-Militärs durch die BRD stattfinden. Dabei soll die turnusgemäße An- und Abfahrt selbst schon Teil der Übungen sein, wie USAREUR in einer zweiten Mitteilung am Donnerstag bekannt gab.

Für die US-Kriegsmaschinerie ist die BRD nach wie vor wichtiger Umschlagplatz. Als Teil der NATO-Kriegsallianz leisten die Streitkräfte der Bundesrepublik Unterstützung für »Atlantic Resolve«. Während der geplanten Truppentransporte soll die Bundeswehr laut USAREUR die Zusammenarbeit aller Verbündeten für den Zeitraum ihres Aufenthalts in der BRD koordinieren. Demnach wird beispielsweise die Logistikschule der Bundeswehr in Garlstedt vorübergehend US-Soldaten beherbergen. Und bei Bedarf soll die Feldjägertruppe Geleitschutz bereitstellen.

Gegenüber *junge Welt* erklärte der Bundestagsabgeordnete Alexander Neu (Die Linke), dass die Bundesregierung die BRD offiziell als »strategische Drehscheibe« für die NATO begreife. Sie befördere, so Neu, die Eskalation gegenüber Russland, indem fremden Truppen der Durchgang für einen provokativen Aufmarsch ermöglicht werde. Der Linkenpolitiker wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass auf EU-Ebene weiterhin an einer Art Schengen-Abkommen für NATO-Truppen gearbeitet werde. Dieses Vorhaben bewertete er als bedeutenden Souveränitätsverzicht der Bundesrepublik gegenüber dem US-Militär.

Anders als in Polen kam es in der Vergangenheit in einzelnen Regionen der BRD immer wieder zu Protesten gegen den Durchmarsch US-amerikanischer Truppenverbände. So konnte sich Brandenburg dafür von der *Märkischen Allgemeinen* (Onlineausgabe) am

Mittwoch eine »seltsam anti-militärische Stimmung« bescheinigen lassen. Der Sprecher von Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) erklärte am Freitag gegenüber *junge Welt*, dass die BRD eine klare, historisch begründete Verantwortung habe. Der Dialog mit Russland müsse aufrechterhalten werden, militärische Aktivitäten hätten noch nie geholfen. Das Land Brandenburg, so wurde *jW* erklärt, werde lediglich auf technischer Ebene über die Verkehrsbehörden die Truppentransporte unterstützen.